

Gemeinsam für ein gesundes NRW

Zum 20. Jubiläum der Landesgesundheitskonferenz NRW ließ es sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nicht nehmen, mit den Teilnehmern über eine gute Gesundheitspolitik für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zu debattieren. Ein Themenschwerpunkt der Konferenz war dieses Mal die Hygiene im Gesundheitswesen.

von Ulrich Langenberg

Hannelore Kraft begrüßte die Mitglieder der diesjährigen Landesgesundheitskonferenz (LGK) mit einem Bekenntnis: Sie habe sich nicht vorstellen können, welches Ausmaß Bürokratie und Zeitmangel im Gesundheits- und Pflegewesen inzwischen erreichen, sagte die Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens. Sie berichtete von zwei „Praxistagen“, die sie in einer Arztpraxis und in einem Pflegeheim verbracht hatte. Ihr Fazit: „Immer mehr, immer schneller, immer billiger – das kann es nicht sein.“ Die Ministerpräsidentin forderte stattdessen ein solidarischeres Gesundheitswesen, das die Erkrankten in den Mittelpunkt stellt und Ärzten und Pflegekräften Zeit für Zuwendung zum Patienten lässt.

Was ist zu tun, um diese Ziele zu erreichen? Darüber gehen die Meinungen zwischen den vielen an der LGK beteiligten Institutionen und Organisationen naturgemäß auseinander. Einigkeit besteht jedoch darüber, dass gute Lösungen für das Gesundheitswesen in NRW nicht in erster Linie zentral von Berlin aus kommen können. „Von Berlin aus sieht man nicht, welche individuellen Versorgungsstrukturen beispielsweise für die Eifel, das Sauerland, Ostwestfalen-Lippe oder das Ruhrgebiet erforderlich sind. Das wissen die Akteurinnen und Akteure vor Ort am besten“, brachte es Gesundheitsministerin Barbara Steffens auf den Punkt. Die LGK kritisiert in ihrer diesjährigen politischen Entschließung, dass mit den vielen Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre eine deutliche Gewichtsverschiebung hin zu einer gesundheitspolitischen Verantwortung und Regelungskompetenz der Bundesebene stattgefunden hat.

Forum für landesweite Kooperationen

Die Landesgesundheitskonferenz NRW dient der partnerschaftlichen Abstimmung zwischen allen gesundheitspolitischen Akteuren im Land. Mitglieder sind unter anderem die Heilberufskammern wie die Ärztekammer Nordrhein, die Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrheins und Westfalen-Lippes, die Krankenkassenverbände, die Krankenhausgesellschaft, Selbsthilfe- und Patientenvertretungen und die Freie Wohlfahrtspflege. Den Vorsitz hat das Landesgesundheitsministerium.

Weitere Informationen unter www.mgepa.nrw.de/Gesundheit/Versorgung/Institutionen/Landesgesundheitskonferenz

Wer jedoch eine Stärkung der prinzipiell im Grundgesetz verankerten Zuständigkeit der Bundesländer und mehr regionale Gestaltungsfreiheit im Gesundheitswesen fordert, muss auch bereit sein, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen. Hier zeigte sich die Landesgesundheitskonferenz zu ihrem 20-jährigen Jubiläum selbstbewusst. Man habe in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder bewiesen, dass trotz unterschiedlicher Perspektiven gemeinsame Überzeugungen und gemeinsames Handeln möglich sind.

Es habe sich bewährt, Jahr für Jahr ein Kernthema des Gesundheitswesens nicht nur zu diskutieren, sondern als Ergebnis eine gemeinsame Selbstverpflichtung aller Beteiligten zu verabschieden. Dr. Birgit Weihrauch, die frühere Abteilungsleiterin im Landesgesundheitsministerium und „Gründungsmutter“ der LGK, zeigte sich überzeugt, dass auch über die die eigentlichen Entschließungen hinaus viele Innovationen im NRW-Gesundheitswesen durch die in der Konferenz entwickelte „Streit- und Konsenskultur“ ermöglicht worden seien. Als Beispiele nannte sie die Etablierung der Brustzentren und die ambulante Palliativversorgung.

Die NRW-Ministerpräsidentin verband mit ihrem „Jubiläumsbesuch“ denn auch die Bitte an die Mitglieder der LGK, den Weg der Kooperation und gemeinsamen Ziele weiterzugehen. Die LGK konstatierte, dass dies wegen der immer größeren Rolle von Wettbewerb und Konkurrenz im Gesundheitswesen heute schwieriger sei als

noch vor zehn oder zwanzig Jahren, aber gerade deshalb auch besonders wichtig.

In einer zweiten, ausführlichen Erklärung widmete sich die LGK einem Thema, das im vergangenen Jahr zu breiter medialer Aufmerksamkeit und großer Besorgnis geführt hat: nosokomiale Infektionen. Zwei Fragen standen für die LGK dabei im Mittelpunkt: Wie kann die Übertragung von Krankheitserregern auf Patientinnen und Patienten in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen effektiver vermieden werden? Und was können Ärzte und Patienten im Umgang mit Antibiotika verändern, um einer weiteren Ausbreitung multi-resistenter Erreger entgegenzuwirken?

Die Entschließung geht von einer sachlichen Bestandsaufnahme aus und formuliert ein sektorübergreifendes Handlungskonzept: Wesentliche Elemente sind die Surveillance und Qualitätssicherung in der Hygiene und beim Antibiotikaverbrauch, der Ausbau von Kooperationen in den sogenannten „MRE-Netzwerken“ und weitere Anstrengungen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Die LGK hält fest, dass im Mittelpunkt aller Bemühungen die Patientinnen und Patienten mit ihrem Anspruch auf eine sichere, ganzheitliche Behandlung, aber auch auf Transparenz und Eigenverantwortung stehen müssen. Sie betont zugleich die Notwendigkeit angemessener Arbeitsbedingungen und ausreichender Qualifizierungsangebote für die in Medizin und Pflege tätigen Frauen und Männer.

Der vollständige Entschließungstext ist über die Homepage des NRW-Gesundheitsministeriums, www.mgepa.nrw.de, abrufbar. Über die fachlichen Hintergründe informierte bei der LGK-Sitzung der Leiter der Abteilung für Infektionskrankheiten am Berliner Robert Koch-Institut, Professor Dr. Martin Mielke. Sein Impulsreferat steht auch auf der Homepage der Ärztekammer Nordrhein, www.aekno.de/Hygiene, zur Verfügung. Dort finden sich auch weitere Informationen zum Thema „Hygiene“ und zu den Aktivitäten der Kammer in diesem Bereich.

Ulrich Langenberg ist stellvertretender Leiter des Ressorts für Allgemeine Fragen der Gesundheits-, Sozial- und Berufspolitik der Ärztekammer Nordrhein.